

Sachdokumentation:

Signatur: DS 673

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/673



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

DIE GRÜNE ANTWORT AUF DEN DIESELSKANDAL: ÖKOLOGISCHE VERKEHRSWENDE

RESOLUTION

++++ Beschluss der Delegiertenversammlung vom 26. August 2017 +++++

Der Verkehr ist für einen Drittel der klimaschädlichen Treibhausgase verantwortlich. Schadstoffe und Lärm bedrohen Gesundheit, die Umwelt, senken die Lebensqualität in Dörfern und Städten. Der Strassenbau führt zur Zubetonierung von grossen Flächen an wertvollem Kulturland. Der Verkehr ist Treiber der Zersiedelung. Mit der Energiestrategie 2050 haben die Stimmberechtigten bekräftigt, dass sie den Energieverbrauch senken wollen. Bisher wurde vor allem im Gebäudebereich gehandelt. Beim Verkehr dagegen macht ständiges Wachstum alle Klimaschutzbemühungen zunichte.

Wir GRÜNE fordern auch im Verkehrsbereich griffige Massnahmen für den Ausstieg aus fossilen Energiequellen. Nur so können die Klimaziele des Pariser Abkommens umgesetzt werden, welches die Schweiz ratifiziert hat.

Auto-Hersteller und Importeure zur Verantwortung ziehen

Der Dieselskandal zeigt: Die Autoindustrie will die Illusion von «sauberen» Benzin- und Dieselaautos mit allen möglichen, teils illegalen Tricks, aufrechterhalten. Mit geheimen Kartell-Absprachen und Manipulationen werden Kundinnen und Kunden an der Nase herumgeführt.

Für uns GRÜNE ist klar: Wer ein Auto kauft, muss sich darauf verlassen können, dass drin ist, was draufsteht bezüglich Verbrauch und Abgase. Manipulierte Fahrzeuge müssen deshalb auf Kosten der Hersteller rasch aus dem Verkehr gezogen oder nachgerüstet werden. Über den KonsumentInnenschutz hinaus braucht es folgende Massnahmen:

Wir GRÜNE fordern:

- Alle neuen in der Schweiz verkauften Personenwagen müssen die Abgasnorm Euro 6 d TEMP erfüllen – ohne Übergangsfrist! Bis jetzt ist vorgesehen, dass lediglich neue Modelle die strengeren Tests erfüllen müssen. Alle andern Neuwagen würden zwei weitere Jahre mit völlig ungenügender Abgasreinigung in der Schweiz immatrikuliert werden.
- Aufbau einer eigenen Kontrollstelle des Bundes, welche die Typengenehmigung der Herstellerländer im realen Betrieb stichprobenweise überprüft und bei wiederholten Abweichungen einen Zulassungsstopp verfügt und den Hersteller büsst. Trickereien dürfen sich nicht lohnen.¹
- Vorläufiger Zulassungsstopp für alle alten und neuen Fahrzeugtypen, bei denen Manipulationen in den Herstellerländern nachgewiesen wurden.

Grüne Verkehrswende: Verkehr vermeiden. Verlagern. Verträglich gestalten.

Das Verkehrssystem ist heute nicht nachhaltig. Insbesondere der motorisierte Verkehr verursacht viele Probleme: Er ist eine der Hauptursachen für den Klimawandel, trägt bei

¹ Rechtliche Grundlagen des vorläufigen Zulassungsverbots:

Das Strassenverkehrsgesetz (SVG) hält fest, dass der Fahrzeugausweis nur erteilt werden darf, wenn das Fahrzeug den Vorschriften entspricht, verkehrssicher ist und die vorgeschriebene Haftpflichtversicherung besteht (Artikel 11 Absatz 1, SVG).

zur Zersiedelung der Landschaft, gefährdet die Gesundheit und reduziert die Lebensqualität.

Wir GRÜNE streben eine nachhaltige Mobilität an. Unsere drei Grundsätze:

1. Erste Priorität hat, Verkehr zu vermeiden und das Strassennetz nicht weiter auszubauen.
2. Die verbleibende Mobilität auf umweltfreundliche Transportmittel verlagern, also auf sanfte Mobilität (Fuss- und Veloverkehr) und öffentliche Verkehrsmittel.
3. Den verbleibenden motorisierten Verkehr möglichst umwelt- und klimaverträglich gestalten.

Weniger Verkehr dank Autoteilen

Die wichtigste Massnahme zur Vermeidung von Verkehr ist eine Raumplanung, die kurze Wege fördert. Das bedeutet, die Zersiedelung zu stoppen und die Siedlungsentwicklung nach innen zu lenken, wie dies die Zersiedelungsinitiative der Jungen Grünen verlangt.

Ein bisher wenig ausgeschöpftes Potential für die Verkehrsvermeidung liegt aber auch in der Sharing Economy: Autos teilen und mitbesitzen ist eines der besten Mittel, um Abgas, Klimaschäden und Staus zu reduzieren. Damit wollen wir erreichen, dass künftig nicht mehr nur 1,1 Personen pro Auto zur Arbeit pendeln. Echte Sharing Economy im Mobilitätsbereich bedeutet aber nicht, dass Uber-Fahrer zu Dumpingpreisen die Taxifahrer konkurrieren.

Wir GRÜNE fordern:

- Rechtliche Rahmenbedingungen anpassen zur Förderung von Automitbesitzen und Automitbenutzung, z.B. durch Änderung des Haftpflichtrechts.
- Förderung von Fahrgemeinschaften im betrieblichen Mobilitätsmanagement von Unternehmen, z.B. im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens.
- Bekanntmachen der zahlreichen Carpooling-Plattformen und Beratung zu versicherungstechnischen und rechtlichen Fragen beim Automitbesitzen und der Automitbenutzung.

Emissionsfreie Mobilität voranbringen, aber richtig!

Wo Autos weiter rollen, müssen sie möglichst umweltfreundlich sein. Wir Grünen fordern, dass ab 2025 nur noch Null-Emissions-Autos neu zugelassen werden. Das würde dazu führen, dass etwa 2035 die letzten Benzin- und Dieselaautos von unseren Strassen verschwinden. Längerfristig würde so die Luftqualität massiv verbessert und CO₂-Emissionen sowie Verkehrslärm reduziert.

Wir GRÜNE fordern:

- Transparenz über den ökologischen Fussabdruck aller motorisierten Fahrzeuge über die ganze Lebensdauer.
- Kein Aufweichen der Importbestimmungen bei den CO₂-Emissionen für Neuwagen, insbesondere keine Scheinanreize für Elektromobilität wie die mehrfache Gewichtung von emissionsarmen Fahrzeugen (sog. Supercredits), die in Wahrheit zu einer klimafeindlicheren Autoflotte führt.
- Förderung von Forschung und Entwicklung von synthetischen Treibstoffen (power to liquid, power to gas). Erneuerbare Stromproduktion für die Elektromobilität.

- Parkplätze (ev. Parkieranlagen) und Raststätten müssen mit Strombezugsmöglichkeiten ausgerüstet werden, damit Elektromobile besonders am Mittag den produzierten Solarstrom speichern können.²
- Zulassungsstopp von Autos mit fossilen Verbrennungsmotoren ab 2025.

² Siehe auch Masterplan Elektromobilität:

www.parlament.ch/centers/eparl/curia/2012/20123652/Bericht%20BR%20D.pdf